Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenberichte, Fremdenliste.

Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.[illegible]. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 9–3, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg. für Vereine oder nach Seitenzahl 20 Pfg. Unterm Strich (Einspaltig) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Verbindlichkeit für die rechtzeitige Aufnahme der Anzeigen wird nicht geleistet. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorausbezahlung durch Briefmarken oder Nachnahme.

Für Auskünfte, eingesandte Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an.

Hauptschriftleitung Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

37. Jahrgang.
Aufl. 54,000 Stück.

Unsere Annoncen-Expedition befindet sich
6 Wilsdruffer Strasse 6
(neben der Dresdner Bank u. vis-à-vis Hotel goldner Engel).
Haasenstein & Vogler, A.-G., Dresden.

Dresden, 1892.

Wilh. Böhme
Scheffelstr. 6,
hält größtes Lager in leichten
Jaquette-Stoffen,
Turntuchen,
sowie diversen
Westen.

L. Weidig, Waisenhausstr. 21
Neuheiten
hochelegant garnirter Damenhüte.
Grosse Einkäufe
und höchste persönliche Modenschau in Berlin, Paris, London.

Atelier für feine
Corsets
nach Maass, neueste Pariser, Brüsseler und Wiener Moden.
Heinrich Plaul,
Dresden,
Waisstr. 25.
Fernspr.-A. I. 867.

Tuch-Handlung.
Einzelverkauf
zu billigen, festen Preisen.
Schreibergasse 2.
J. Ueberschaar & Söhne
Reinwollenes, festes
Turnertuch
bester Güte, Meter 5 M.,
wasserdichte Loden
zu Joppen, Mänteln etc.,
Meter 1½ Mark.

Reizend garnirte Brautkissen in allen Preislagen. C. Hesse, Kgl. Hofl., Altmarkt.

Nr. 181. Spiegel: Präsidentschafts-Wahlen in Nord-Amerika. Hochschulen. Graf Vitzthum v. Eckstädt. Gemeindevertretungssitzung. Sächs. Landtags-Verhandlungen. Johannismarkt. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte.

Mittwoch, 29. Juni.

Politisches.

Am 4. März nächsten Jahres geht die Amtsperiode des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Benjamin Harrison, zu Ende. Im November dieses Jahres muß nach der Verfassung der Republik sein Nachfolger gewählt werden. Der Wahlkampf hat bereits begonnen mit jener Leidenschaftlichkeit, jenem Raffinement und jenem reklamehaften Lärm, wie er nur im freien Land der Yankees möglich ist. Die Vertrauensmänner der beiden großen ausschlaggebenden Parteien des Landes, der Republikaner und der Demokraten, sind im Laufe dieses Monats in sogenannten Nationalconventionen in Minneapolis und in Chicago zusammengetreten und haben die Candidaten für die Präsidenten- und Vicepräsidentenwürde ernannt. Der republikanische Parteikonvent hat Harrison und Reid, der demokratische Cleveland und Stevenson als Candidaten für die Präsidentschaft bez. Vicepräsidentschaft aufgestellt. Es stehen sich somit im Wettstreit um die höchste Würde des nordamerikanischen Freistaates zwei Männer gegenüber, von denen der eine noch Präsident ist, der andere aber, Cleveland, bereits von 1881 bis 1888 Präsident war, bei der zweiten Candidatur jedoch durchfiel.

Die Bezeichnung Republikaner und Demokraten hat längst den politischen Inhalt verloren, welcher einst diesen Schlagwörtern innegewohnt hat. Die Gegensätze der beiden Parteien liegen auf wirthschaftlichem Gebiete. Die Republikaner stützen sich vorwiegend auf die extrem schutzzöllnerischen Fabrikanten des Nordens und des Ostens und auf die interessirten Anhänger des Bimetallismus, auf die Silberminenbesitzer des Westens, während die Demokraten durch ihren Anhang unter den Farmern des Westens und Südens auf die Verfechtung gemäßigt schutzzöllnerischer, oder, man kann auch sagen, gemäßigt freihandlerischer Grundsätze angewiesen sind. Es handelt sich also bei der ganzen Wahlbewegung schließlich nur um die Verfechtung der rein materiellen Interessen großer Gesellschaftsgruppen, um die eigennützigen Bestrebungen einzelner durch ihren kapitalistischen Einfluß bevorzugter Klassen und Stände. Dieser Thatsache entspricht die uns schier unglaubliche Corruption, welche bei den Präsidentschaftswahlen in allen Stadien vom Beginn der Nominirung der Candidaten bis zum letzten Schlachttage, dem entscheidenden Wahltage zu Tage tritt. Eine ungeheure Wahlmaschinerie wird Monate lang von beiden Parteien in Bewegung gesetzt, um den Stimmenfang und den Stimmenschacher systematisch zu betreiben. In Minneapolis, wo jüngst der Nationalconvent der Republikaner tagte und zwischen der Candidatur Harrison's und Blaine's entschieden werden sollte, waren nicht weniger als 60 Delegirte zu dem Preise von 500 bis 1500 Dollars zu haben. Käuflich sind besonders die Neger-Vertreter. „Verschiedene farbige Delegirte", telegraphirte man dem „Newyork Herald" aus Minneapolis, „welche gestern gekauft wurden, mußten heute Morgen noch einmal gekauft werden; so wird die Sache allmählich kostspielig und langweilig". Zur Ueberwachung solcher Delegirten mußten besondere Vorsichtsmaßregeln getroffen werden. Nach einem Bericht der „Frankf. Ztg." folgten 12 geschickte Geheimpolizisten, deren Aufgabe somit das Einfangen von Posträubern und Dieben ist, den Delegirten auf Schritt und Tritt, selbst nach den Hotels von einem Zimmer zum anderen, um Beweise dafür zu erlangen, ob etwa ein Umschwung zu Gunsten Blaine's durch Anwendung von Geld zu Stande gebracht wurde. Jeder unsichere Cantonist, von dem man nicht genau wußte, daß er unbestechlich ist, befand sich unter solcher Bewachung von beiden Seiten, von Anhängern Harrison's wie Blaine's. Ungefähr 100 Postmeister aus dem Westen und andere Bundesbeamte, welche telegraphisch nach Minneapolis berufen waren, arbeiteten für die Candidatur Harrison's, des gegenwärtigen Präsidenten, ihres obersten Chefs, während gemischte Geheimpolizisten auf der gegnerischen Seite thätig waren. Als bei der entscheidenden Sitzung Blaine als Candidat vorgeschlagen wurde, erhoben 12,000 Menschen ein furchtbares Geheul und Gebrüll. Volle 25 Minuten lang wurden Fahnen, Hüte und Bilder Blaine's geschwenkt und das Toben hörte erst auf, als die Kraft nicht mehr ausreichte. Eine Anzahl Männer und Frauen war während dieser Zeit thatsächlich ohnmächtig geworden. Auch bei den Demokraten in Chicago ging es nicht erbaulich zu. Dort handelte es sich darum, ob Cleveland oder Hill als Präsidentschaftskandidat nominirt werden sollte. Die stets in männlicher Tracht erscheinende Frauenrechtlerin Walker entfesselte einen heftigen Beifallssturm für Hill, indem sie sich plötzlich von ihrem Sitze erhob, ihr Taschentuch schwenkte und ein Hoch auf Hill ausbrachte. Der Vorsitzende sah sich außer Stande, die Ordnung herzustellen. Als die Aufregung ihren Höhepunkt erreicht hatte, entstand ein Handgemenge zwischen den Anhängern Cleveland's und denjenigen Hill's, welches das Einschreiten der Polizei nothwendig machte. Ein heftiger Regen, welcher durch das offene Dach in Strömen herabfiel und die Anwesenden bis auf die Haut durchnäßte, machte die Lage noch ungemüthlicher. Der Vorsitzende sah sich schließlich gezwungen, seinen Regenschirm aufzuspannen, bis das Wetter die Fortsetzung der Verhandlungen gestattete.

Die ganze Präsidentenwählerei in Nordamerika ist ein Hohn auf das republikanische Selbstbestimmungsrecht des Volkes. Nicht die Ueberzeugung und die Rücksicht auf das allgemeine Wohl, sondern die agitatorische Stärke der persönlichen Selbstsucht und der Einfluß des Capitals sind für den Ausgang der Wahlen das Entscheidende. Nicht der Volkswille kommt bei der Präsidentenwahl zum Ausdruck, sondern die Macht der politischen Intriguen der einzelnen Parteicliquen. Mit Recht schließt daher ein „Hamb. Blatt" seine allgemeinen Betrachtungen über die Präsidentenwahl mit folgenden Worten: „Das ganze Lieben der Bürger der Union während ihrer Präsidentenwahl darf uns — neben ähnlichen Erfahrungen der französischen Republik von 1792 — wohl im Lichte einer großartigen Satire auf die vielgepriesene Freiheit und Tugend erscheinen, denen die republikanische Staatsform nach dem Glauben ihrer orthodoxen Anhänger zu unbedingtem Durchbruch und zu beglückendem Dasein verhelfen soll."

Ob Harrison oder Cleveland aus den Wahlkämpfen als Sieger hervorgehen wird, ist zunächst noch sehr zweifelhaft. Vom Standpunkte des politischen Anstandes und der Ehrlichkeit beurtheilt erscheint Cleveland ohne Frage sympathischer als sein Gegner. Zwar hat auch er während seiner Präsidentenzeit nicht vermocht, die Auswüchse der Parteiherrschaft zu beseitigen. Das wird aber in einem republikanischen Staate mit der Verfassung der nordamerikanischen Union, wo die ganze Staatsverwaltung nur als die willkommene Beute für die Anhänger der jeweilig herrschenden Partei angesehen wird, überhaupt nicht möglich sein. Gleichwohl ist Cleveland als Präsident bestrebt gewesen, die herrschende Corruption einzudämmen. Harrison hat sich dagegen während seiner Amtsdauer nur von der Erwägung leiten lassen, wie er am Besten die Chancen seiner Wiederwahl erhöhen könne. Vom deutschen Standpunkte aus könnte man lebhaft wünschen, daß Harrison nicht zum zweiten Male zum Präsidenten gewählt wird. Denn unter ihm ist die War Minley Bill in's Leben gerufen, welche unserem Handel schwere Wunden geschlagen hat. Eine Ermäßigung der hohen Strafzölle ist bei Fortsetzung seiner Präsidentschaft kaum zu erwarten, während die Demokraten das republikanische Schutzzollsystem, wie es in ihrem neuesten Wahlprogramm heißt, „als Betrug" verurtheilen und es für ein Fundamentalprinzip ihrer Partei erklären, daß die Bundesregierung verfassungsmäßig keine Befugniß erhalten solle, Zollsteuern aufzulegen oder zu erheben, ausgenommen zu Einnahmezwecken." „Einnahmezweck" ist freilich ein sehr dehnbarer Begriff und auf einen plötzlichen Uebergang vom extremen Schutzzoll zum Freihandel ist auch bei einem Siege der Demokraten schwerlich zu hoffen. Denn die Amerikaner sind nicht sentimentale Theoretiker, die blos der Doktrin zu Liebe ein bestimmtes Wirthschaftssystem befolgen. Für die Amerikaner selbst hat die Mac Kinley Bill, abgesehen davon, daß sie einen durchaus gerechtfertigten Ausgleich für die höheren in Nordamerika gezahlten Löhne herbeiführen sollte, große Erfolge gehabt. Deutschland z. B. hat nicht Gleiches mit Gleichem vergolten, sondern den amerikanischen Fleischwaaren wieder die Grenzen geöffnet und die Getreidezölle herabgesetzt. Ferner darf man nicht übersehen, daß die Wahlkampfmittel der beiden Parteien selten ernst zu nehmen sind. Sie dienen hauptsächlich als Köder zum Stimmenfang. Die amerikanischen Politiker arbeiten nicht nach Grundsätzen, sondern nach den Bedürfnissen und Interessen ihrer Parteigänger. Das Programm der Republikaner enthält seltsamerweise einen Protest gegen die Judenverfolgung in Rußland. Damit sollen allem Anschein nach die Juden in den Vereinigten Staaten für Harrison eingefangen werden. Dieser Protest wird indeß die klugen Yankees nicht hindern, nach der Zahlung der aus Rußland in den letzten Jahren nach der neuen Welt zu exportirenden Semiten sehr energisch vom Leibe zu halten, gerade so wie sie nicht nach Toleranz und Humanität gefragt haben, als es sich darum handelte, der weiteren Einfuhr von Chinesen ein Ende zu machen. Jener Protest gegen die Verfolgung der armen unschuldigen Juden nimmt sich übrigens recht komisch aus gegenüber der unerhörten Grausamkeit, mit welcher die Amerikaner die ursprünglichen Herren ihres Landes, die Indianer, zu Tode hetzen. Und die Indianer gehören doch nicht einer weniger edlen Race an als die Semiten. —Lo.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 28. Juni.

Berlin. Die „Nordd. Allg. Ztg." bespricht die von der „Westd. Allg. Ztg." in Köln mitgetheilten Auslassungen des Fürsten Bismarck über sein Verhältniß zum Grafen Caprivi und über die Beziehungen Deutschlands zu Rußland, sowie über das Interview mit dem Vertreter der „W. A. Ztg." Die „Norddeutsche" erinnert daran, daß Fürst Bismarck einst gesagt, er werde nie einem Nachfolger Schwierigkeiten bereiten. Der von Bismarck behauptete Einfluß auf den Czaren sei eine Selbsttäuschung. Bismarck selbst habe das Vertheidigungsbündniß gegen Rußland mit Oesterreich geschlossen, er habe die Lombardirung der russischen Staatspapiere durch die Deutsche Reichsbank verboten. Das russische Verhältniß zu Rußland sei die Errungenschaft, die Fürst Bismarck seinem Nachfolger hinterlassen habe. Fürst Bismarck sei bereits der Chef der Opposition und das Scheuen vor dem offenen Visir im Reichstage habe keinen Sinn mehr. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Ein Anblick ohne Beispiel, daß ein Staatsmann und Held den größten Beitrag leistet zur Erfüllung der theuersten, aber für unerreichbar gehaltenen Wünsche seines Volkes, daß er dann aber, weil er nicht der Führer seines Werkes geblieben, Alles thut, um die Führung zu vereiteln und das Werk der Zerstörung auszusetzen. Ein Mann, der Solches unternimmt, kann allerdings sich der gewaltigen Stärke seiner Stellung bewußt sein; ihn angreifen in seinen Fehlern und seinem verderblichen Beginnen heißt, einen großen nationalen Besitz, den eine bis zu Ende bewährte Meisterschaft darstellen würde, antasten und vielleicht der Vernichtung preisgeben, denn die Mehrheit der Völker, vor Allem die uns nicht wohlwollenden Nationen, würden in dem Angriff auf den Thäter mit einem Schein von Recht auch die Preisgebung seiner Schöpfung sehen; so stehen die Männer, denen die ehrenvolle Berufung zu Theil geworden, das Werk des Fürsten Bismarck fortzuführen, vor der Aufgabe, ihre Arbeit vor Allem zu schützen vor dem Manne, dessen Schöpfung sie erhalten sollen. Es ist eine peinliche Wahl für einen Zugführer, entweder den Zug über die Hindernisse draußen zu lassen, die von dem früheren Führer auf die Schienen geworfen werden, damit aber den Zug der Zerschellung auszusetzen, oder die Hindernisse fortzuschleudern und damit einen Mann zu treffen, der die lenkbare Kraft erst geschaffen. Diese Wahl zu vermeiden, ist der Selbstbeherrschung der leitenden Männer bis jetzt gelungen. Es scheint, daß der Fürst durch eine immer weiter getriebene Rücksichtslosigkeit die leitenden Männer dazu zwingen will, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Niemand kann den Umfang des Schadens ermessen, den der Fürst dem einigen Vaterlande zuzufügen willens ist. Niemand kennt die Waffen, die er glauben mag bereit zu haben, aber die Pflicht, die höchsten Güter der deutschen Nation auch gegen den Mann zu vertheidigen, der diese Güter einst am meisten gefördert, darf von den Lehrern des Staates weder verkannt, noch zurückgewiesen werden. — Die „Post" sagt, in Bezug auf die gestrige, in Form einer Polemik gegen die „Norddeutsche" von der „Norddeutschen" erhobene scharfe Verwahrung gegen die Kritik, welche Fürst Bismarck in Wien an der auswärtigen Politik des Reiches seit seinem Rücktritte geübt: Wir würden es für größer und weiser gehalten haben, wenn die Erwiderung unterblieben wäre. Die an der auswärtigen Politik des Reiches — führt die „Post" fort — geübte Kritik wird als der thatsächlichen Unterlage entbehrend bezeichnet. Diese Verleugnung, sowie die unbedingte Richtigkeit und die Erfolge der gegenwärtigen auswärtigen Politik führen logisch zu dem weiteren Schlusse, daß letztere den gleichen Eindruck auch nach Außen wenigstens in den Kreisen, in welchen man sie kennt und zu beurtheilen fähig ist, gemacht hat, und daß dieser Eindruck nicht durch eine wie immer scharfe Kritik von irgend einer Stelle verwischt oder auch nur ernstlich beeinträchtigt werden kann. Erfordete hiernach die Rücksicht auf das Vertrauen unserer auswärtigen Politik jene Verwahrung nicht, so ist diese zugleich ein in seiner Wirkung zweckhaftes Mittel und wie es scheint, nur geeignet, die Zweifel an der Richtigkeit der auswärtigen Politik zu beseitigen. Aber auch sonst ist es nützlich, gerade unter dem Eindruck der Vorgänge in Dresden, München und Augsburg gegen den Fürsten Bismarck aufzutreten. Die Gründe bedürfen der näheren Darlegung nicht. Vom patriotischen Standpunkte aber muß es als höchst ernstlich und unerwünscht bezeichnet werden, daß nach den jüngsten Vorgängen die Hoffnung, eine Spannung beseitigt zu sehen, welche zum größten Schaden aller Theile seit 1890 besteht, aufgegeben werden muß. Diese Hoffnung lebte im Herzen zahlreicher patriotischer Männer und zwar gerade solcher, welche nichts schärfer wünschten, als das Gedeihen der Größe Deutschlands unter dem Scepter Kaiser Wilhelm II. Bis hier muß jetzt wohl definitiv abgeschlossen werden. — Die „Kreuzztg." vermuthet, daß die, wie Fürst Bismarck selbst behauptet, „auf starke Pression von Berlin" erfolgte Verweigerung der beim Kaiser von Oesterreich nachgesuchten Audienz ihre erbitternde Spur ihm hinterlassen habe, bedauert aber, daß er sofort mit einem Gegenstoß antwortete, noch dazu in einem so undeutschen Blatte, wie die „Wiener N. Fr. Pr." Die „Kreuzztg." bedauert ferner die von der „Norddeutschen" begonnene Aktenveröffentlichung, die besser vermieden worden wäre, zumal sie sachlich nicht sehr glücklich sei. Der Reichskanzler sei für die Gesammtpolitik und Verwaltung des Reiches allein verantwortlich und da sei es nicht zu verwundern, wenn Bismarck dafür Sorge getragen, daß die einflußreichen Stellungen der vortragenden Räthe durch politisch homogene Männer besetzt worden. Auch die freisinnige „Vossische" sagt: Aber Hand auf's Herz, würde die jetzige Regierung in der Sache anders handeln? Würde sie beispielsweise einen ausgesprochenen Deutschfreisinnigen, von einem Sozialdemokraten nicht zu reden, auch wenn er sonst noch so befähigt wäre, zum vortragenden Rathe in irgend einem Reichsamtsche machen?

Berlin. Die Erhebungen über die Arbeitszeit in den Bäckereien, Mühlen, den Handelsgewerben ꝛc. sollen in jedem Bundesstaate etwa 10 Proz. der vorhandenen Betriebe umfassen. Die Erhebungen bez. des Handelsgewerbes sollen sich vorläufig auf folgende fünf Zweige beschränken: 1) Handel mit landwirthschaftlichen Produkten, 2) desgleichen mit Kolonial-, Eß- und Trinkwaaren, 3) Tabak- und Cigarrenhandel, 4) Handel mit Manufaktur- und Schnittwaaren, und 5) Handel mit gemischten Waaren. In der Kommission wurden ferner noch Erhebungen über die Arbeitszeit ꝛc. in der Hausindustrie und lohnstatistische Erhebungen angeregt, worüber noch weiter verhandelt werden soll.

Berlin. Der Kaiser wohnt morgen Vormittag mit dem Prinzen Heinrich der Segelregatta des kaiserlichen Yachtklubs im Kieler Hafen bei und tritt Abends am Bord des „Kaiseradlers" die Reise nach Norwegen an. — Die Kommission für die Arbeiterstatistik hat beschlossen, den Reichskanzler zu ersuchen, auch über die Arbeitszeit in Oel- und Sägemühlen Erhebungen zu veranlassen.

Halle. Der Weiterbau der Dynamitfabrik Coswig ist auf höhere Verfügung plötzlich untersagt worden.

Wien. Abgeordnetenhaus. Präs. Smolka eröffnete die heutige Sitzung mit einer Ansprache, in welcher er den verstorbenen Reichsrathsabgeordneten Dr. Herbst und dessen hohe Verdienste als Staatsmann und Redner feierte. — Die jungtschechischen Abgeordneten brachten eine Interpellation ein wegen der Verfügung der Brünner Polizeidirektion, betreffs der Entfernung des böhmischen Wappens von dem tschechischen Vereinshause bei Gelegenheit der Ankunft des Kaisers in Brünn. — Abg. Ruß richtete die Frage an den Ministerpräsidenten, ob die Regierung Nachrichten über das Auftreten der Cholera in Rußland erhalten habe und welche Vorkehrung dieselbe zu treffen gedenke, um im Erstfalle die Bevölkerung zu schützen.

Paris. Der Marquis de Morès hat den Prozeß gegen seinen Vater gewonnen. Der Gerichtshof verurtheilte den Letzteren zu der Herausgabe von 1,200,000 Frcs.

Venedig. Im ganzen venetianischen Gebiete fanden gestern Erderschütterungen statt. — In Belluno und Udine und mehreren anderen Orten der Provinz wurden heftige Erdstöße verspürt. In Schio dauerte das Erdbeben einige Sekunden und richtete beträchtlichen Schaden an.

Madrid. Auch mit Deutschland ist eine Verständigung wegen Anwendung der spanischen Minimaltarife vom 1. Juni ab erzielt.

London. Der Emir von Afghanistan hat in dem jüngsten Gefechte mit den aufständischen Hazaras 1500 Todte und Verwundete verloren.

Petersburg. In der Zeit vom 6. bis 10. d. M. sind in Tiflis (Turkestan) in den Hospitälern 130 Personen an der Cholera gestorben. Auch in Transkaspien nimmt die Epidemie größeren Umfang an.

Newyork. Gestern haben hier wiederholt Erdbeben stattgefunden. Vorgestern sind solche in Mexiko vorgekommen. Eine Anzahl Häuser sind zerstört und Personen verwundet worden.

Die Berliner Börse eröffnete schwach, besonders für Kohlen, Franzosen, östliche deutsche Bahnen und russische Noten. Später befestigte sich die Tendenz auf die Meldung, wonach eine Verlängerung des Schienenkartels gesichert sei. Banken wurden gegen geringen Schluß um 1 bis 2 Proz. höher. Von Bergwerken zogen besonders Eisenwerthe an, während Kohlen schwach blieben. Oesterreichische Bahnen mit Ausnahme von Franzosen und Turnern fest. Von fremden Renten Italiener besser, Russen später gleichfalls anziehend. Im Kassaverkehr überwogen noch die Coursrückgänge sowohl für festverbindliche als für Dividendenpapiere. Privatdiskont 2 Proz. Nachbörse befestigt. — Wetter: Heiß. Westwind.

Friedrich & Glöckner empfehlen ihre gesetzl. geschützten Schnell-trocken-Lackfarben als zweien Anstrich, als ersten Anstrich Schnelltrocken-Firnisfarben